

# Der Kyriker Bauernprozeß und seine Lehren

Von Edwin Hörnie, M. D. K.

Der Wingersturm auf das Finanzamt in Berncaffel im Februar 1928 beleuchtete blühend die elende wirtschaftliche Lage der kleinen Weinbauern des Westens und die erbärmliche Demagogie ihrer großbürgerlichen Zentrumsführer. 2 Jahre später, am 12. März 1928, warfen einige tausend Bauern und Landarbeiter die Fenster des Finanzamtes in Kyritz ein, wodurch ein ebenjohannes Licht auf die verzweifelte Stimmung der kleinen Bauern, Handwerker und Landarbeiter fällt der Erde und auf die skrupellose Ausnutzung ihrer elementaren Erbitterung durch eine Handvoll Großgutsarbeiter und Landbundsleiter geworfen wird. Hier wie dort waren die arbeitenden Massen nur das Werkzeug großgutsarmer Kapitalisten, denen die Demonstration ein billiges Mittel war, nicht, um den arbeitenden Massen zu helfen, sondern um ihre eigenen Joll, Subventionen, und Steuerwünsche durchzusetzen und womöglich Feindschaft zu säen zwischen Bauern und Landarbeitern einerseits, Klassenbewußten Industriearbeitern andererseits.

Hier wie dort drohte jedoch die angeblich so „friedlich“ eingeleitete Demonstration weit über das von den Führern geplante Ziel hinauszutreiben; hier wie dort rücken im kritischen Moment die prinzipiellen Führer von den irregulierten Massen ab, und besonders der Prozeß in Kyritz zeigt uns ein Bild der Feigheit und Erbärmlichkeit der bürgerlichen Führer, wie sie selten so nach zutage tritt. Diese Herren Großgutsarbeiter, die ihre Landarbeiter vorher mit Drohungen, Versprechungen und Schnaps zur Demonstration schleppten, die die wertvollen Bauern mit schändlichen Behreben wütend machten, wachen nachträglich ihre Hände in Unschuld, gebärden sich vor Gericht wie harmlose Lämmer, und die Erklärung vollends, die die Kyritzer Landbundsleiter über ihre Verantwortlichkeit abgeben, ist geradezu ein Denkmal politischer Feigheit.

In einem Punkte jedoch dürfen wir den Landbundsleitern vom Schlags des Herrn von Jena, des Majors Cordes, des Reichstagsabgeordneten Staffehl ohne weiteres Glauben schenken, nämlich bei der Behauptung, daß sie niemals die Absicht gehabt hätten, diesem Staat und seiner Ordnung ernstlich etwas zuleide zu tun. Denn letzten Endes sind ja doch dieser Staat, diese Behörden, diese Gendarmerie und diese „blau polierte“ ihr eigener Staat, ihre eigenen Behörden, ihre eigenen Machtmittel trotz republikanischer Verfassung und schwarzrotgoldener angeführten „Republik“.

Warum aber griffen die Junker zu dem doch sonst im Landbunde so verächtlichen Mittel der Mobilisierung der Straße, warum erklärten sie vorher den Bauern, daß sie Städte mitbringen wollen, warum zahlten sie Freibier und Schnaps für die Landarbeiter? Warum warfen sie Worte hin wie: „Nun macht ein bißchen Krach“ oder „wenn der Regierungsrat nicht selber kommt, dann müßt ihr ihn holen“? Ganz einfach deshalb, weil unbedacht ihrer Verbundenheit mit diesem bürgerlichen Staat und seinen Organen ein Angriff auf gewisse untere Organe und einzelne Beamte ihnen in den Augen der Massen den Anchein wirklicher Opposition und solchen Draufgehens geben sollte, weil sie ein Ventil brauchten, um der Erbitterung der Massen einen Ausweg zu schaffen, um die von ihrer eigenen Bürgerblockregierung schändlich verratenen kleinen Leute von sich auf andere abzulenkten.

Selbst vor Denunziation schrecken die Landbundsleiter nicht zurück, wenn es gilt, die eigene Haut zu retten. Stolz marschiert der Wuts- und Fingereibeheliger Schlichte zuerst an der Spitze des Juges zum Finanzamt. Als jedoch dort die Schups ihre Maschinenpistolen fertig macht und 2 Demonstrationen in seiner Nähe auch ihre Waffen herausziehen und laden, da entfernt sich der Feld ganz rasch aus der gefährlichen Gegend. Doch er begnügt sich nicht einmal mit diesem sogenannten besseren Teil der Tapferkeit. Schulte denunziert auch. Er gibt an, daß die Männer neben ihm Siebeler aus dem Rheinland waren, Lobensmühtel trugen, Kniepistolen hatten und erklärt haben sollen: „Wenn die Schienen, schießen wir auch.“ Daran ändert keine großmäulige Erklärung nichts, daß er Berufscollegen nicht verraten werde. Seine Angaben haben ja schon die Führer der Kleinbauern preisgegeben.

Alle Landbundsleiter sind in dem einen Punkte sich einig, die Schuld an den Steinwürfen und Drohungen dem proletarischen Teil der Demonstration in die Schuhe zu werfen. Es taucht die bekannte Behauptung auf, irgendwelche jungen Burken hätten die Steine geworfen, Leute, die nicht zu den Landwirten gehörten.“ Und schamlos, wie Landbundsleiter nun mal sind, stellen sie sich die Behauptung auf, kommunistische Arbeiter hätten den Zusammenstoß provoziert wollen.

Es erübrigt sich, zu sagen, daß die Zeugenaussagen einwandfrei beweisen, daß weder Kommunisten noch Rote Frontkämpfer an der Demonstration noch an den Steinwürfen beteiligt waren. Aber Kommunistenbege um jeden Preis gehört zum Arsenal der kapitalistischen Verleumdung und verleiht seine Wirkung auf bürgerliche Richter niemals.

Zeigen schon diese Tatsachen, daß die Proletariat und Kleinbauern für die Junker nur Mittel zum Zweck waren, so geht das noch deutlicher aus den Aussagen der angelegten Gutsarbeiter und des Polizeibeamten Konrad hervor. Mehrere Mark pro Mann haben sich einzelne Gutsarbeiter leisten lassen, um ihre Adressen heranzuschleppen; andere haben ganz einfach ihre Arbeiter zur Demonstration kommandiert, während an Schnaps und Bier an diesem Tage nicht gespart wurde. So hat der Gutsarbeiter Schulz auf die Frage des Richters erklärt:

„Ja, wir hatten einen Grund, und als nun die Demonstration kam, da bin ich mitgegangen. Nachher konnte ich nicht mehr zurück, denn von hinten wurde ich immer vorgebracht.“

Der Polizeimachmeister Conrad unterhielt sich „in ruhigen Augenblicken“ mit jungen Stahlhelmern. Er fragte sie, wie es läme, daß sie sich an dieser Demonstration beteiligten. Darauf antwortete ein junger, als Stahlhelmann eingekleideter Gutsarbeiter: „Wo man auf Arbeit ist, da tut man eben alles.“ Diese Antwort charakterisiert den wirtschaftlichen Terror auf dem Lande vollkommen, ist aber auch typisch für die Landratsmoral, die im Stahlhelm gelehrt wird. Heute Stimmbrief für „friedliche“ Wahlen, morgen schon eine zusammengetriebene Herde vor den Maschinenpistolen der Schups und übermorden das Schlachtopfer im neuen Weltkrieg, das ist das Schicksal der Arbeiter und Bauern unter kapitalistischer Führung.

Tausendmal haben die Kommunisten auf die schwere Schuld des bürgerlichen Polizeisystems, das bei Massenaufmärschen blutige Zusammenstöße geradezu provoziert, hingewiesen. Immer waren es die bürgerlichen Parteien einschließlich der Landbundsleiter, die nach der Polizei schrien und das schärfste Vorgehen gegen den „Straßenmob“ verlangten. Und die sozialdemokratischen Führer, die Seevering, Gezeßnik, Jörgel, Hörsing hatten jedesmal nichts eiligeres zu tun, als den Befehlen ihrer kapitalistischen Auftraggeber folgenden, Gummitüppel und Maschinenpistolen, ja selbst Panzerwagen zur Verfügung zu stellen, wie jetzt wieder im Hamburger Hafen. In Kyritz sind die Rollen vertauscht. Hier sind es die Landbundsleiter selbst, die sich bitter über das Einsehen der Polizei beklagen.

Doch nicht nur das Polizeisystem als provozierendes Element ist in diesem Prozeß an den Pranger gestellt. Auch die Methoden der einzelnen führenden Polizeibeamten stehen unter Anklage. So soll ein Polizeibeamter den Bauern zugerufen haben: „Was ihr sagt, das es euch so schlecht geht, dabei raucht ihr noch Zigarren?“ Nach der Behauptung des Landwirtes Steddin soll ein Schupoachmeister mit erhobener Maschinen-

pistole gerufen haben: „Zurück, Sie Schwein, oder ich schiße!“ Das sind dieselben Töne, die noch in viel brutalerer Form, fast täglich von gewissen aufgebehten Polizeibeamten gegen Arbeiter verwendet werden und die zu jenen empörenden Mißhandlungen, ja Morbstaten führen, die von einem Gezeßnik und Jörgel regelmäßig gebüßt werden.

Die Kommunistische Partei wird alles daran setzen, um die Lehren des Kyritzer Bauernprozesses für die Aufrüttelung und Aufklärung der arbeitenden Massen auf dem Lande nach Kräften auszuwerten. Die Tatsache, das Hunderte von Landarbeitern sich durch Schnaps, gute Worte und Drohungen beistimmen ließen, an der Landbundsleiter Demonstration teilzunehmen, wird uns veranlassen, die revolutionäre Arbeit im Landproletariat bedeutend zu steigern. Sie freigeistlichlich zu organisieren, Partei und KPD im Dorf zu verankern, die Lohnkämpfe vorzubereiten und zu führen. Auch den Siebeler und kleinen Bauern und den kleinen Handwerkern in den Provinzstädten werden die Kyritzer Vorgänge nicht nur den ungeheuerlichen Verrat der

**Montag, den 5. November, 19.30 Uhr, in den Blumenjäten, Blumenstraße, mit Roten Kafeten und KPD-Biasorchester Pina.**  
**Eintrittspreis 50 Pf. für Erwerbslose 30 Pf.**  
**10 Jahre deutsche Republik**  
**11 Jahre Sowjet-Rußland**  
**Sonnabend, den 10. November, 20 Uhr, in den Annenjäten, Fischhofplatz, unter Mitwirkung von Gertrud Strzelewiez und KPD-Kapelle Dresden / Eintritt 25 Pf.**

deutschnationalen und Landbundsleiter Karmachen, sondern das Wesen des bürgerlichen Klassenstaates mit seiner Polizei, seinen Parlamenten und seinen Klagengerichten aufzeigen. Das Bündnis des Industrieproletariats, des Landbundsleiters und der Arbeiter und wertvollen Bauern als einzige Möglichkeit zur Rettung der wertvollen Massen, das ist die große Lehre des Kyritzer Bauernprozesses. Dieses Bündnis, die Einheitsfront von Stadt und Land ist nur möglich unter Führung der kommunistischen Partei und im Kampfe um den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft.

## Auch die Landarbeiter treten in die Kampffront

Die Zuspitzung der Wirtschaftskämpfe, die in den verschiedenen Industriezweigen sich zeigen, beweisen, daß die Arbeiter heute nicht mehr mit Händen an der Hebelnast vor der Bürokratie der Gewerkschaften stehen, sondern selbst gegen den Willen der Führer die Kämpfe nach ihrem Ermessen zu führen beginnen. Es zeigt sich aber auch, daß die Angriffsfront der Industriellen heute, zumal die sozialdemokratischen Führer in den Regierungen die Unternehmer vor den Angriffen der Proleten in Schutz nehmen. Aber nicht nur bei den Industriellen, sondern auch bei den Landarbeitern ist der Wille zum Kampf deutlich zu erkennen. Die Landarbeiter in verschiedenen Bezirken nahmen von sich aus Stellung zu den Lohn- und Tariffragen und forderten vom DVB die Kündigung der Tarife. Der DVB mußte dem Druck der Mitglieder nachgeben.

Der Rohmentarif für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt ist gekündigt und läuft am 31. Dezember 1928 ab. Da dieser Rohmentarif auch für Thüringen und Sachsen, das sogenannte mitteldeutsche Tarifgebiet, Geltung hat sind auch diese Gebiete an den kommenden Verhandlungen interessiert.

Für Weidenburg ist der Tarif ebenfalls zum 31. Dezember gekündigt. In der Provinz Brandenburg und Grenzmark sowie in Pommern laufen die Verträge in dieselbe Zeit ab. In Bayern laufen alle bestehenden Tarife am 31. Januar 1929 ab.

In einigen Tarifbezirken hat der DVB ganz heimlich den Vertrag stillschweigend verlängert. Im Tarifgebiet der Kreisbauernschaft Dresden haben die DVB-Führer im Sommer den Tarifvertrag bis 1. September (nach der Ernte) verlängert. Für den Tarifgebiet Leipzig wurde ab 1. Juli ein neuer Vertrag von der DVB-Bürokratie abgeschlossen, der keine Erhöhung der Löhne brachte. Auch hier wurden die Landarbeiter nicht unterrichtet, weil um diese Zeit die Möglichkeit eines erfolgreichen Lohnkampfes bestand hätte.

Der Deutsche Landarbeitersverband ist jetzt bemüht, die Abkündigung der Tarife für alle Tarifgebiete möglichst auf den 31. Dezember zu verlegen, damit ja nicht die Landarbeiter in der Bewußt- und Entsetzt von den hunderttausenden Landproletariaten mit Forderungen befaßt werden. Auch liegt es in der Linie der sozialdemokratischen Wirtschaftsdemokratie, den „Arbeitsfrieden“ in der Landwirtschaft nicht zu stören.

Die Landarbeiter aber wissen, daß jede Lohnaufbesserung in hartem Kampfe erkritten werden muß. Darum stellen sie in verschiedenen Bezirken auch entsprechende Kampfkampfen auf. Die Kreis- und Gauleitungen müssen mit grimmiger Miene dem Verlangen der Mitglieder nachgeben, und so kam es auch, daß 1. B. die Gauleitung des DVB in Magdeburg Forderungen, die von den oppositionellen Landarbeitern seit 2 Jahren erhoben wurden und immer mehr Verbreitung und Anhänger fanden, aufnehmen mußte.

Die für den Rohmentarif aufgestellten weitestgehenden Forderungen der oppositionellen Landarbeiter sind folgende:

1. Sofortige Aufhebung des tariflichen Schlichtungswesens.
2. Als Abkündigungstermine für den Rohmentarif und die Bezirkslohntarife gelten der 1. März und der 1. September. Die Tarife müssen 4 Wochen vorher gekündigt werden.
3. Die Arbeitszeit ist auf 2400 Stunden im Jahre zu vermindern.
4. Die Arbeitszeit beginnt und endet auf dem Hofe. Das An- und Abfahren gehört zur Arbeitszeit. Das Fügen, Wagen, Schichten, Ausmistern und Füttern wird hundenweise nach Tariflohn bezahlt.
5. Ueberstunden dürfen nur mit Zustimmung der Betriebsräte angelegt werden. Für Ueberstunden wird zum Gesamtarbeitslohn, falls dieselben am Werktag geleistet werden, 25 Prozent Zuschlag, an Sonntagen 50 Prozent und an den 1. Feiertagen 100 Prozent bezahlt.
6. Abkündigung des Zukunftsrechts auf Getreide in der.
7. Der Naturallohn ist zu beseitigen. Der Lohn ist in bar in Höhe der geltenden Löhne der Bauhilfsarbeiter des Bezirks auszusahlen. Das Nacht- und Zukunftsrecht ist den Arbeitern zuzugestehen. Das Wertwohnungsverhältnis ist aufzuheben. Die Wohnung ist zum Tarifverhältnis zu trennen.
8. Die Lohnzahlung hat am Freitag innerhalb der Arbeitszeit zu erfolgen. Am Lohnstage dürfen keine Ueberstunden geleistet werden.

## Demonstration der KPD in Kyritz

Kyritz. Die Kommunistische Partei veranstaltete Dienstagabend gemeinsam mit dem KPD aus Anlaß des Kyritzer Landbundsleiterprozesses eine Demonstration. Genosse Hörnie leitete in einer Ansprache auf dem Marktplatz, daß die 50 Arbeiter und arbeitenden Bauern die auf der Anlagebank von Kyritz und arbeitenden Bauern zu werden, freigelassen werden müßen, sofort und ohne Bestrafung zu werden, freigelassen werden müßen. Außerdem forderte er die schärfste Bestrafung der für die Ausschreitungen wirklich verantwortlichen Großgutsarbeiter und Landbundsleiter und fügte hinzu, daß natürlich dieses Klassengericht niemals zu einer Bestrafung der wahren Schuldigen kommen würde, sondern daß die wertvolle Bevölkerung erst bei der Mächtigere durch das Proletariat mit diesen Leuten abrechnen wird. Genosse Samter geleitete die deutsche Klassenfront. Zum Schluß sprach der Vertreter des Bundes Schaffender Kyritzer. Die Demonstration war eine wirkungsvolle Demonstration der Einheitsfront der Arbeiter mit den wertvollen Landmassen. Die reformistische Bürokratie des Landbundsleiters verhielt sich vergeblich, die Kundgebung zu unterbinden und zeigte damit aufs neue ihre Solidarität mit der Klassenfront und den reaktionären Landbundsleitern.

Der Vorwärts und die bürgerliche Presse ergaben sich in wütenden Angriffen gegen die KPD wegen dieser wohlwollenden Demonstration gegen die Großgutsarbeiter und Landbundsleiter in Kyritz. Weil der Genosse Hörnie als Redner dort die Niedererschlagung der Klage gegen die Kleinbauern und Landarbeiter forderte, die die Landbundsleiter zu ihren Zwecken mißbraucht hatten, deshalb sei der Vorwärts vom Bündnis der „Kulaken und Katalen“ und verurteilt dummstoch die Dinge der hinzustellen, als hätte sich die kommunistische Partei für den Schutz der Großgutsarbeiter und Landbundsleiter eingesetzt und nicht nur für die fälschlicherweise angeklagten Kleinbauern und Landarbeiter.

Die bürgerliche Zeitung benimmt sich noch dümmer und schreibt: „Die kommunistischen Arbeiter sind manderlei gewöhnt, und ihre Parteeziehung verlangt, daß sie die tollsten Sprünge der sogenannten „Führer“ führen, die an der Leine geführt werden, mit hummer Ergebung hinnehmen. Aber dieses neueste Stück wird ihnen doch einmal Mühe machen. Nur völliger Kavabergoriam kann sich damit abfinden, daß jetzt offenbar auf irgendeine Moskauer Weisung hin (?) die Anbiederung an die deutschnationalen Landbundsleiter erfolgen soll.“ (1)

Was an diesen Entstellungen und Verleumdungen wahr ist, beweist das Gefühl der deutschen Tageszeitung, die über die Demonstration der KPD schreibt:

„Die zusammengebröckelten Neugierigen hörten mit einigem Erlaunen die Rede des Abgeordneten Hörnie an, der namens seiner Partei die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die angeklagten Bauern und Landarbeiter, aber eine scharfe Abrechnung mit den Großgrundbesitzern forderte.“

Diese Stellungnahme der Deutschen Tageszeitung zeigt am besten, daß es dem Vorwärts und der bürgerlichen Presse nur darauf ankommt, die kommunistische Partei bei ihrem Bestreben, das feste Bündnis zwischen Stadt und Land, zwischen den Proletariaten und der armen Landbevölkerung herzustellen, zu distrahieren und die KPD zu verkleinern. Nach der Methode: „Es wird schon etwas hängen bleiben“.

9. Einführung von Lohnlizenzen.
10. Anspruch auf Urlaub hat jeder in der Landwirtschaft Beschäftigte nach halbjähriger Beschäftigungsdauer. Es erhalten Urlaub: Jugendliche unter 18 Jahren 10 Arbeitstage, über 18 Jahre alte Personen 8 Arbeitstage. Die Urlaubstage sind auf Wunsch des Arbeiters hintereinander zu gewähren.
11. Weibliche Arbeitskräfte werden nach dem Grundlohn entlohnt: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn. Der Frauenarbeitslohn ist verboten.
12. Jugendliche von 14 bis 16 Jahren erhalten 60 Prozent und Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 75 Prozent des Lohnes der vollwertigen Arbeiter.

Die Forderungen sind das mindeste, was die Landarbeiter verlangen müssen. Je mehr die Industrialisierung der Landwirtschaft fortschreitet, um so mehr rücken die Landarbeiter in die Front der Industriearbeiter.

Von vornherein müßen sich die Landarbeiter auf den Kampf um die aufgestellten Forderungen einstellen. Lange genug wurde das Landproletariat durch den Druck der Gutsbesitzer und ihrer sozialdemokratischen Schlinglinge niedergebunden.

Das Industrieproletariat muß es sich zur Aufgabe machen, die Landarbeiter, die jüngste organisierte Schicht, in ihren Kämpfen zu unterstützen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dazu gehört in erster Linie die Organisierung der Landarbeiter und Landarbeiterinnen im DVB. Darüber hinaus muß es ihre Aufgabe sein ihnen die Kampfmethoden, die sie anwenden müssen, beizubringen zu machen und die Kämpfe vorzubereiten.

Die wichtigste Forderung ist aber, die Abkündigung der Verträge zu verlegen. Die Junker haben es gut verstanden im Bunde mit den sozialdemokratischen Führern des DVB die Abkündigung der Tarife in die Wintermonate, die sogenannte ruhige Zeit zu rücken. Dieser Zustand muß befristet werden, wenn die Landproletariat überhaupt etwas erreichen wollen. In keinem Tarifgebiet dürfen die Landarbeiter Verträge anerkennen, die in den Monaten Oktober bis einschließlich Februar ablaufen. Denn in diesen Monaten ist die Kampfsituation am ungünstigsten für die Landarbeiter. Ein tarifloser Zustand nach dem 31. Dezember, wenn im neuen Tarif der Ablauf nicht in die günstigen Monate fällt, wäre nur ein Vorteil für die Landarbeiter, weil er ihnen alle Möglichkeiten zum offenen Auftreten in der Zeit der Frühjahrsbebauung bringen würde.

Recht gilt es, den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu rücken und zu organisieren. Landarbeiter, in die Front!

## Neues aus der Sowjetunion

Die Getreideernte im Oktober

Das Tempo der Getreideanlieferungen im Monat Oktober hält im allgemeinen an. Nach den Angaben des Volkskommissariats für Handel sind vom 1. bis 15. Oktober durch die wichtigsten Organisationen 318 004 Tonnen Getreide, gegen 315 291 in den vergangenen 5 Tagen ausgeliefert worden, was im allgemeinen eine Stabilität der Getreideanlieferung bezeugt.

Vom 16. bis 20. konnte man eine allgemeine Steigerung in den wichtigsten Getreidegebieten, mit Ausnahme der Ukraine, feststellen. Voran geht Sibirien, das bereits am 20. Oktober 120 Prozent des Monatsplanes realisiert hat. In den 5 Tagen (vom 16. bis 20.) waren 94 380 Tonnen ausgeliefert, d. h. um weitere 12 000 Tonnen mehr als in dem vorangegangenen gleichen Zeitschnitt. Ebenso sind diese Aufträge bedeutend früher als im gleichen Monat des vergangenen Jahres. Ebenso wie in Sibirien sind auch im Kaukasus Erfolge auf dem Getreidemarkt vorhanden, so daß mit einer vollkommenen Erfüllung des Monatsplanes zu rechnen ist. Die Schwierigkeiten, die hier in den Transportmitteln vorhanden waren im vergangenen Monat, sind zum Teil beseitigt, was in Sibirien nicht der Fall ist.

Anderes steht es nun, wie bereits erwähnt, mit der Ukraine, wo bis zum 17. Oktober nur 29 Prozent des Monatsplanes realisiert worden sind. Der Grund dafür ist, daß der Marktpreis hier bedeutend größer ist als die offiziellen Konventionspreise.